



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 164. Ratssitzung vom 22. September 2021

4401. 2020/452

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Emanuel Eugster (SVP) vom 21.10.2020: Berücksichtigung von Produktionsbetrieben aus der Stadt oder einem anderen Landesteil bei freihändigen Vergaben von Sachaufträgen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3064/2020): Letzte Woche wurde ein SVP-Vorstoss überwiesen, um Homosexuelle in der Stadt zu schützen. Jetzt behandeln wir einen Vorstoss, in dem es darum geht, freihändige Aufträge in Zürich zu vergeben, um ökologisch richtig zu handeln. Es macht Sinn, dass die Stadt freihändige Aufträge lokal vergibt. Ein Gedanke machte die Schweiz gross: Denke international, handle und fühle lokal. Die Schweiz ist ein sehr internationales und wertekonservatives Land. Wir sind zwar weltoffen aber gleichzeitig sehr konservativ; dieser Widerspruch machte die Schweiz gross. Der Vorstoss handelt vom gleichen Grundsatz.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Zürich berücksichtigt bereits dort, wo sie das kann, also im niederschweligen Bereich, lokale und regionale Unternehmen. Namentlich sind es solche, die Lehrlinge ausbilden, die Arbeitsplätze im niederschweligen Bereich schaffen oder ökologisch besonders vorbildlich sind. Es gibt jedoch Grenzen. So besteht ein strenges Vergaberecht. Zudem sind nicht alle Produkte, auf die die Stadt angewiesen ist, im lokalen Bereich vorhanden oder es gibt nur einen oder zwei Anbieter. Es kann darum nicht sein, dass der Wettbewerb komplett ausgeschlossen wird. Dazu kommt, dass die Regionalen einen starken Vorteil haben: kurze Wege und eine unkomplizierte Logistik. Wir versuchen bereits dort, wo es möglich ist, unsere Mittel in diesem Bereich auszugeben. Weiterzugehen als wir es heute tun, schliesst den Wettbewerb aus. Das wäre nicht im Sinne der Steuerzahler und es würde es verunmöglichen, an gewissen Orten das richtige Produkt in der richtigen Qualität zur richtigen Zeit zu erhalten.*

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Michael Graff (AL):** Das Postulat verlangt totalen Revierschutz für Schweizer Unternehmen im niederschweligen Beschaffungswesen der Stadt Zürich. Das ist ökonomischer Nationalismus pur. Als Wirtschaftswissenschaftler kann ich Ihnen versichern, dass man in meiner Disziplin über fast alles unterschiedlicher Meinung ist – mit einer Ausnahme: Wirtschaftliche Integration und internationale Arbeitsteilung kann den Wohlstand aller fördern. Abschottung bedeutet immer, dass wenige profitieren und dass viele wegen höheren Preisen leiden.*



Jürg Rauser (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir Grünen sehen durchaus den Vorteil der kurzen Wege bei der Vergabe an städtische Betriebe. Allerdings gibt es auch Beispiele von heimischen Arbeiten, bei denen das nicht zutrifft. Beispielsweise kann das ein Zürcher Cervelat sein, dessen Fleisch aus Brasilien stammt oder ein Zürcher Schreiner, der illegal gefälltes Holz verarbeitet. Die Formulierung, dass es «ausschliesslich» Produktionsbetriebe aus der Stadt sein müssen, zielt an unseren Absichten vorbei. Die gesamte Lieferkette muss betrachtet werden. Wir teilen das Anliegen grundsätzlich und schlagen eine Textänderung vor: Das Wort «ausschliesslich» soll durch «nach Möglichkeit» ersetzt werden.

Dominique Zygmunt (FDP): Die Stossrichtung des Postulats ist auf den ersten Blick nachvollziehbar. Es ergibt Sinn, dass die Stadt bei freihändigen Vergaben städtische oder Schweizer Lieferantinnen und Lieferanten berücksichtigt. Allerdings steht für die FDP bei allen Beschaffungen nicht nur die Herkunft des Produkts im Zentrum – es geht um den Gesamtnutzen der Steuerzahlenden, die das schliesslich finanzieren. Dazu gehört ein angemessener Preis und auch die lokale Produktion als einer von mehreren Faktoren. Für uns heisst das auch, dass nicht immer und ausschliesslich lokal am besten ist. Es geht darum, die Beschaffung gesamthaft anzuschauen und dann das beste Angebot zu finden. Ebenfalls problematisch ist für uns die Vorstellung, dass alle Sachaufträge über Zürcher Produktionsbetriebe laufen. Das wird nicht der Fall sein. Abgesehen davon sind Zürcher Produktionsbetriebe in internationale Liefer- und Wertschöpfungsketten eingebunden. Darum hätte ich gerne eine Textänderung vorgeschlagen, sie ähnelt jener der Grünen: Ich hätte «ausschliesslich» durch «vermehrt» ersetzt. Wir können uns jedoch der Formulierung der Grünen anschliessen. Mit der Annahme des Textänderungsantrags werden wir das Postulat unterstützen.

Judith Boppart (SP): Für uns ist klar, dass wir das Postulat unterstützen. Dies hat nicht konservative Gründe, wie es der Postulant ausführte, sondern progressive Gründe. Einerseits können lange Transportwege vermieden werden, wenn lokal eingekauft wird, andererseits kann damit das lokale Gewerbe gestärkt werden. Wir unterstützen das Postulat mit und ohne Textänderung.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: Wenn etwas inhaltlich verbessert werden kann, bin ich selbstverständlich bereit, dass das angenommen wird. Der FDP kündigte ich bereits an, dass ich die Textänderung der Grünen annehmen werde; sie bleiben bei der Zustimmung. Wenn die Grünen auf mich zukommen, will ich diese Hand nicht wegweisen und nehme die Textänderung an.

Andreas Kirstein (AL): Es tut mir leid, dass ich den sich abzeichnenden ökumenischen Gottesdienst mit einem Ausflug in die Realität des Beschaffungsrechts stören muss. Es ist beinahe ein Treppenwitz der Geschichte, dass jetzt etwas in Frage gestellt wird, was die linke Seite im National- und Ständerat zusammen mit der SVP in der letzten Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen und der dazugehörigen Verordnung erreichen konnte. Das wurde durch die interkantonale Verordnung übernommen und gilt für die Stadt Zürich. Mit einer Koalition von Links und SVP wurde erreicht,



3 / 3

dass neben dem wirtschaftlich günstigsten Angebot auch Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden müssen. Das Interesse der SVP lag vor allem beim Schutz der einheimischen Holzwirtschaft. Daraus entstand etwas, das nicht protektionistisch ist. Auch kann man sich nicht für den nahegelegensten Anbieter entscheiden, der per Zufall ein Parteikollege ist. Es kam zu solchen Fällen, bei denen zurecht vor Gericht zu Ungunsten der lokalen Lösung entschieden wurde. Wenn Samuel Balsiger (SVP) im Postulat von freihändiger Vergabe spricht, liegt er falsch. Die freihändige Vergabe ist genau geregelt und sie ist Teil des Verfahrensrechts. Die Beschaffung untersteht den WTO-Kriterien. Samuel Balsiger (SVP) meint wohl die Vergaben, die unterhalb des WTO- und des Staatsvertragsbereichs liegen. Sobald die Chance besteht, sich nicht rationalen Kriterien bei der Vergabe zu biegen, werden die in vielen, mühsamen Stunden gemeinsam gefundenen Konsense im Parlament hintergangen – das halte ich für eine Sauerei. Die Vorstellung, dass das Lokale per se das Ökologischere ist, ist kompletter Unsinn. Man muss die gesamte Beschaffungskette in Betracht ziehen. Es ist beispielsweise unsinnig, Teile der Zuckerrohrproduktion in die Schweiz zu verlagern. Ich verstehe, dass bald Wahlen sind. Wirtschaftspolitisch handelt es sich aber um kompletten Unsinn und es ist ein schwerer Sündenfall.

Angenommene Textänderung:

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie bei Sachaufträgen, die er freihändig vergeben kann, ausschliesslich nach Möglichkeit Produktionsbetriebe aus der Stadt Zürich oder aus einem anderen Landesteil der Schweiz berücksichtigt werden können.

Das geänderte Postulat wird mit 93 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat